



# Landsknechte des Finanzkapitals

**Der Ratschismus der SA. Der Brief eines SA-Mannes. Käfersenboldritter schafft die Bürgerkriegsarmee der Bourgeoisie**

Die Nazipartei hat für jeden SA-Mann einen Ratschismus erstellt, der unter dem Titel „Willkürlehrer des Sturmabteilungsmannes“ im Tornister jedes Haltenkettengolddaten steht. Nach einer Einleitung über die Entwicklung der SA, der entsprechenden Abschaffung Adolf Hitlers und einem blöden Geschichtsbericht über den erlogenen Nutzen der Arbeit der Nazipartei, werden dem einfachen Blutschoter eine Reihe von Verhaltensmaßregeln erteilt, deren Innenhaltung in der politischen Praxis jenseits des unbeschreiblich wüchsenen Stachinteresses geschaffen haben, der von den Nazigardisten jetzt wieder in verächtlichem Maße gegen die revolutionäre Arbeiterschaft angewendet werden soll. Einer dieser SA-Ratschismus-Briefe lautet:

„Wir wollen wie Soldaten sein, weil wir als die Kämpfer Jüters beweisen müssen, dass uns kommende dritte deutsche Reich nach innen und außen zu schützen.“

Und wie dieses „Soldatensein“ aussieht, darüber gibt nachfolgender Brief eines von Dresden nach Breslau versetzten Nazimannes an seine Eltern, charakteristischer Aufschlag, der in unglaublichen Zügen das ganze Handwerk der SA bloßlegt. Der Brief, der uns durch günstige Umstände in die Hände fiel, hat folgenden Wortlaut:

„Liebe Eltern!

Ein Jahr in Breslau in der Stadtwache beim Gruppenführer Heines, wo wir täglich mit ihm persönlich zusammen sind. Haben allerdings sehr viel Dienst, was aber nichts ausmacht, denn wir haben eine Verpflegung ja, was ganz anders als in Dresden. Denn da liegt der Gruppenführer Heines dafür, dass seine Leute etwas richtiges zu essen haben. Unsere Stadtwache ist mit einer Dresdner nicht zu vergleichen, die muß sich groß verstehen.

„Da haben wir z. B. Überfallwagen. Große Käufe, lage ich auch, und wenn was los ist, werden wir alarmiert und fort geht es, wo's Schilde gibt (Kloppen). Über der Gruppenführers vorneweg mit der Heitersche.“

Da kann sich S. beweisen eine Scheide davon abnehmen. Oder wir fahren auswärts, große wie vom Mittwoch zum Donnerstag. Da waren wir in Schweidnitz, Klein-Cöls, Freiburg, Waldburg, Reichenbach, Beuthen und Ohlau. Alles in zwei Tagen.

„Liebe Eltern, ich kann Euch nur sagen, großartig ist das, da kommt man wenigstens mal wohin. In Reichenbach gab es gerade Schilde, aber nicht von großer Bedeutung. Aber immer Gruppenführer Heines vorneweg. Das ist überhaupt der Abgott der SA in Schleiden Quartier im Brauenhaus. Es gibt drei Schlafzelle für 60 Mann und jeder hat seinen Spind für seine Garderobe. Jedes 6 Uhr ist Wachen und bis 7 Uhr Sport. Dann Walken, Aufleben und Frühstück. Von 10 bis 11 Uhr Klassen. Dann ist Mittag bis 12:30 Uhr, dann stehen wir dem Gruppenführer zur Verfügung. Bis 16 Uhr können wir auf der Stütze sein, sonst bis 1 Uhr mit Urlaubsschein, wie in einer Kaserne. Und das gefällt mir.“

Was heißt Ihr, wenn wir mit dem Wagen wegfahren, da heißt es: An den Wagen, marsch, marsch. Wir stellen uns schweinehart auf, die gerade am großen Wagen Dienst haben. Mit dem Blatt ragen wir oben. Gott geht es, vorneweg der Gruppenführer mit dem Sturmführer der Stadtwache, dann der Adjutor und zuletzt der große Wagen, wo 30 Männer draufgehen. Soeben höre ich, daß es Sonntag nach Friedland geht. Wenn wir auswärts fahren, brauchen wir nichts zu essen mitnehmen. Keinen Brotsbeutel, denn wir bekommen unter Ihnen unterwegs. Es vergeben drei bis fünf Tage, ehe wir nach Hause kommen. Wie sieht es in Dresden aus, ist es immer noch so ruhig? Dies ist immer reger Betrieb. Was heißt Ihr, wenn mal die Stadtwache in Dresden rumflüttelt? Sollt mal sehen, wie die Kommunisten und Bananen auseinandersetzen. Denn wir sind bekannt und auch gleichzeitig gefürchtet in ganz Schlesien. Am dritten Tage meine Ankunft in Breslau hatten wir auch schon die Gelegenheit, mit ins Zug zu wischen und das geht jeden Tag so.“

Dieser Brief ist ein Dokument, das Dokument über den Willen der „rauben Kämpfer“ Hitlers, das nicht nur unter Beweis stellt, in welchem Ausmaß der militärische Drill des Gefolges der SA in politischer Indifferenz zusammenhält, sondern ein Beweis macht dafür, daß diese Terrorbanden in polizeimäßiger Ordnung auf breite Landstriche losgelassen werden. Um die Abenteuerlust der Mitglieder zu erhalten und die eingehenden Verbände für ihre Bürgerkriegsaufgaben auszubilden, wird der tägliche Terror geübt und in diesem Falle unter dem persönlichen Kommando des berüchtigten Kremmöders Heines. Dieser kurze Auschnitt aus der Tätigkeit seiner Stadtwache beleuchtet die hintergrundene jener schrecklichen Blutataten, die die Nazis gerade in Schlesien in den vergangenen Wochen verübt haben, und für die überallseine Antifaschisten in den Justizhäusern und Gefängnissen büßen müssen.

Der Brief enthüllt schließlich erneut die Wirkung der Naziführer, gerade jetzt, da der offenkundige Befall dieser Blutsoldaten des Finanzkapitals die Rebellion im Lager der SA und SS offen ausbrechen ließ, die Braunhemden ausschließlich mit Terrorismus zu beschäftigen. Denn allein in Dresden sind in den letzten Wochen hunderte Mordtaten von vertretenen Nazi-Parteien erfolgt. Die Mordtatenbewegung hält noch an und soll aufgehoben werden, indem die stärkste Militarisierung der SA betrieben und in größerem Ausmaß Terrorattacke gegen die Arbeiterschaft die unruhig gewordenen „Kämpfer fürs Dritte“

Reich“ beschäftigen sollen. Deshalb hat auch die Dresdner Nazipartei in drei Wochen zwei Sperrumtreffen veranstaltet, statt politischer Kundgebungen, weil sie hofft mit solchen „wahlpolitischen Darstellungen“ von den politischen Verbrechen ihrer Führer abzulenken.

Und der Bericht von den Schlägerzügen in dem Brief beschriftet höchst eine andere Verhaltungsregel im SA-Ratschismus, in der es heißt:

„Soweit wir das Recht haben, eine Waffe zu führen (Waffenrecht) und soweit wir uns in unserem Leben befreit fühlen, machen wir auf Grund des Rechtsschrechts ausgleichigen Gebrauch.“

## Hundgranatenwerfen in Krippen

Mit solcherlei Regeln ausgestattet, ziehen dann die SA-Banden gegen Arbeitersiedlungen los und unter solchen Regeln machen sie ihre Nachkündigungen, wie die Laubengasse der SA erst am Sonnabend eine solche durchführte. Um Sonnabend in der 18. Stunde fuhren sie auf dem Pausa los, nach kurzer Rücksprache in Krippen mussten sie früh 2 Uhr ausholen, Schüngengräben auswerfen und mit Stielhandgranaten werfen. Diejenigen, die sich bei der Arbeit drücken, befahlen jedoch an der Feldfläche nichts zu essen.

So entfaltet die Generalität der Nazipartei jetzt wieder eine geistige Terroraktivität, wie sie der Nazireferent Prokesch am Sonnabend der Bürgerlichen Presse auch in einer Charlottenburger Naziveranstaltung ankündigte.

## Eine Huldigungsmarsh für Hitler

Diese Versammlung, an der besonders „beliebtes Publikum“ teilnahm, fand am Tage nach der Reichstagsauslösung statt. Prokesch machte aus der Wut der Nazis über die Reichstagsaus-

lösung sein heft und beschimpfte Schleicher, Papen, Hindenburg in der tollsten Weise.

Von größter Bedeutung sind jedoch die Enthüllungen Prokeschs über angebliche Geheimverhandlungen zwischen Hitler und Schleicher. Nach dem Bericht sagte Prokesch dazu folgendes:

„Sleich nach der Wahl fand eine Unterredung zwischen Schleicher und Göring statt. Schleicher sagte zu, die Nazis sollten mit vier Ministern in der Regierung bestellt werden, eine Zusammensetzung, die wir ablehnen müssten. Darauf erklärte Schleicher, er werde auch beim Reichspräsidenten bestreiten, daß die Nationalsozialisten unter der Führung von Adolf Hitler die Leitung der Regierung übernehmen sollten...“

Prokesch fuhr fort, Augenblick habe daraufhin zu Hindenburg gefragt, daß die Deutschenationalen zu einer Regierungserklärung in leichter Opposition treten würden. Der Nazireferent sagte dann wortlich:

„Schleicher forderte nun mehr von uns, daß die SA und SS in Berlin auftreten und Adolf Hitler einen Huldigungsmarsch bringen sollten.“

Bei dieser Gelegenheit sollte dann Hitler die Regierungsführung übernehmen.“

Nach diesen sensationellen Enthüllungen über die Verhandlungen zwischen den Nazis und Schleicher gab Prokesch zu, daß die NSDAP Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum aufgenommen habe. Es sei noch nicht sicher, ob die Regierung wählen lassen würde. „Nicht den Fall, daß dies nicht gelänge, sprach Prokesch folgende Erwidlung aus:

„Dann soll man sich nachher aber nicht wundern, wenn dann eine große nationale Bewegung auch vom Wege der Legalität abgeht.“

Zwischenzeitlich hat Schleicher diese angebliche Nullsozialer dokumentiert, aber darauf kommt es gar nicht an. Wichtig für die Arbeiterschaft ist, daß die Nazis jetzt wieder unverhüllt Menschenleben auslösen, den Terror organisieren, um von den politischen Gewerken ihrer Macht abzuleiten. Das Proletariat muß darauf mit verstärktem Ausbau der antifaschistischen Massenfronten antworten. In jedem Betrieb, in jeder Stempelkette, in jedem Häuserblatt und jedem Dorf, alarmiert die antifaschistische Bevölkerung, an deren Massenwache jede Naziveranstaltung, jeder faulische Terror verbrechen muß.

# Milde Richter für Nazimörder

Zwei Reichsbannerarbeiter erschlagen, das Sondergericht verurteilt die Täter zu kurzen Gefängnisstrafen

Riel, 20. September 1932 (Eig. Drucksbericht).

Nach fünfjähriger Verhandlung füllte das Sondergericht gekennzeichneten Banden gegen die SA-Banden von Ederverein, die am 10. 7. das Gewerkschaftshaus in Göttingen geürteilt hatten. Der Hauptangeklagte erhielt nur zwei Jahre Gefängnis, ein anderer 1 Jahr 2 Monate, 20 Nazis fanden mit Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis 1 Jahr boson. 6 Nazis wurden freigesprochen.

Bekanntlich waren bei dem SA-Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Ederverein zwei Reichsbannerarbeiter von den braunen Mordbänden erschlagen worden. Trotzdem kam das Sondergericht zu diesem unerhörten milden Urteil, das praktisch einen Freispruch für die SA-Banden bedeutet. Sehr bedauernswert ist es, daß vier Reichsbannerarbeiter, die nur durch Zusammenschluß dem Erdölhändlern durch Nazis entgangen waren, und die sich gegen die anstürmenden SA-Banden zur Wehr gesetzt hatten, ebenfalls verurteilt wurden. Sie erhielten 3 bis 5 Monate Gefängnis.

Dieses Urteil mag in Parteielle gebraucht werden mit dem zur Zeit tagelangen Sondergericht gegen die Berliner Antifaschisten. Ihnen drohte wegen Abwesen eines Werkschlags die Todesstrafe, die Reichsbannerarbeiter aber werden praktisch für den Werkschlag auf ein Gewerkschaftshaus bestraft. Angesichts dieses unerhöhligen Charakters der Rücksichtnahme müssen alle Antifaschisten mit aller Energie die Macht der Arbeiterschaft gegen die Sondergerichte mobilisieren. Ganz mit den Sondergerichten, die Nazis müssen zu Gewerkschaftsversteilen, Massenmorde Arbeiterschaft über dem Hinterer ausspielen wollen.

## Naziwaffenlager in Chemnitz

Chemnitz, den 19. September 1932.  
Der aufmerksame Beobachter erfaßt leicht die Tatsache, daß die neuzeitlichen Gewerkschaften der Arbeiterschaft gegenüber die Todesstrafe, die durch Verbotserlassen die Gewerkschaften aufzulösen, das ganze Gewerbe zu durchdringen, wurde bis zum 20. September den Genossen Weihenmann zu 200 Mark Geldstrafe oder zeitweise 20 Tagen Haft.

Auch dieser Spruch ist ein Maßstab verschiedener Borgeisen gegen die Arbeiterschaft, die durch Verbotmaßnahmen auf Strafen gegen ihre verantwortlichen Redakteure gefeuht werden soll. Antwort mit verstärkter Werbung für eine Zeitschrift, die täglich Worte im Klasseumlauf!

## Arbeiterdemonstrationen in Berlin

Die die Freilassung der mit Todesstrafe bedrohten Antifaschisten

Berlin, 20. September.  
Gestern abend kam es in mehreren Stadtteilen Berlins zu kleinen Arbeiterdemonstrationen. In der Brunnstraße, Landsberger und Niedenberger Straße demonstrierten große Arbeiterschaften. Die Arbeiter brachten in Niedenberge gegen die Sondergerichte aus und forderten vor allem die Freilassung der mit Todesstrafe bedrohten Antifaschisten. Die Demonstrationen fanden überall ungehört durchgeführt werden. Die Polizei erhielt erst nach der Auflösung der Demonstrationen.

## Arbeiterklimme erneut unter - nlost

Um Sonnabend hatte sich der verantwortliche Redakteur der Arbeiterklimme, Genosse Herbert Weihenmann, vor der Bewilligungssitzung des Dresdner Schöffengerichts zu verantworten. Erster Instanz war er von der Anklage des Herrn militärischen Geheimnis, begangen durch einen Artikel in der Arbeiterklimme freigesprochen worden. Nachdem der Staatsanwalt gegen dieses Urteil Berufung eingelegt hatte, verurteilte nunmehr die zweite Instanz den Genossen Weihenmann zu 200 Mark Geldstrafe oder zeitweise 20 Tagen Haft.

Auch dieser Spruch ist ein Maßstab verschiedener Borgeisen gegen die Arbeiterschaft, die durch Verbotmaßnahmen auf Strafen gegen ihre verantwortlichen Redakteure gefeuht werden soll. Antwort mit verstärkter Werbung für eine Zeitschrift, die täglich Worte im Klasseumlauf!

## Lohn erhöhung erkämpft!

Erfolg der Einheitsarbeitskästen im Betrieb  
Wie und Oberhausen gemeinsam wird, haben die Stahlkämpfe des Sohne - Konkurrenz 2-3. Hier ist es, einen glänzenden Erfolg erzielt. Die Stahlkämpfe verhinderten dort bei einer geradezu wahnsinnigen Gehaltssteigerung von 7,71 Mark. Da die Stahlkämpfe in diesem Betrieb bei einer Temperatur von 35 Grad verhindert werden muß, gaben sich die Stahlkämpfe mit ihrer Stahl nicht zufrieden. Sie wurden deshalb mit ihrer Stahl einen höheren Stahl an. Der Betriebsleiter erklärte, daß er allein nicht in der Lage sei, den Stahl zu erhöhen. Die Kameraden bestanden die Stahlsteigerung eines Betriebsleiters des Betriebs. Der Betriebsleiter schaffte den Stahlkämpfen 50 Pfennig zu ihrem Stahl vor.

## Unter proletarischer Herrschaft

Textilfabrik Tschernjaja Maschinenfabrik Moskau  
Januar 1932 Januar 1933 Januar 1934  
Zahl der Arbeiter mit den Lehrlingen 5176 6791 7228

Gehaltsproduktion 1932 = 100 Prozent 118,6 138,2 150,1  
Dem Betrieb ist eine Kooperative mit 360 Hektar Land, eine Farm mit 210 Kühen, 900 Schweinen und eine Rennbahn angegliedert.

Der Betrieb besitzt einen Club, Kino, Theater, eine große Speiseraum und in jeder Abteilung eine Speiseraum, zwei Kinos, ein Schulungszimmer in der Klimme, wohin neben den Kameraden des Betriebes auch die Kameraden aus anderen Betrieben

# Teilweises Einfuhrverbot — Lebensmittel-Preissteigerung in Gicht!

Berlin, den 20. September 1932.

In der zeitigen Sitzung der Reichsregierung wurde über die Einfuhrverbot von Kontingentsummen verhandelt. Nach dem Bericht der Regierungsspitze ließ die Verhandlungen unverhältnismäßig lange Zeit, was sie mit dem Bildhauer Heine. Das bedeutet, daß sie einen 25 Prozenten kontingentsummen Steuern aufzutragen, um die Stahlkämpfe unterstützen will.

Der Stahl erhofft, daß dieses Einfuhrverbot auch in ganz Europa bestehen bleibt, um weiter zu leben. Denn während wir hier die Regierungsummen verhandeln, so ist es nicht möglich, um die Regierungsummen zu schaffen, um einen unverhältnismäßigen Widerstand zu schaffen.

durch den das Elend der arbeitenden Massen in sehr unerträglichem Maße gezeigt wird.

Die Arbeiterschaft muß bei verstärkter Fortführung der kontingentsummen Union, in die es alle verständigen Kreise einschließen gilt, ihre Kampfkraft gegen alle Arten Elend und Not zu Entfaltung bringen.

## Achtung. Partiziparbeiter-Konkurrenz Pirna!

Die für Freitag angestellte Partiziparbeiterkonferenz findet nicht Freitag, dem 23. September, sondern Mittwoch, dem 21. September, im Volkshaus statt.



# Der Weg zum Kunden

1 Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte

1

Bei

## Kuchen-Krahmer

kaufst du immer billig und gut

Organisationen! Vereine zu  
Veranstaltungen, Schokoladenschenk  
Nr. Oldbacher & Tombolini in bester preislicher Ausführung  
**Göhler & Beckert, Dresden-A.1**  
Flamengasse 33 8100 Ref. 27861

Versicherungszeitschriften!  
sowie alle andere Lektüre liefert pünktlich und billig!

**Buchhandlung A. E. Käuler** 8100  
Dresden-A. Lützowstraße 16 phr., Fernsprecher: 16486

Dresden

Lebensmittel-Böschin  
Kurt Köhnel  
Ammonstraße 61  
Schuh-Reparatur von  
A. Stöckel  
Ammonstraße 16

Kolonialwaren, Weine und  
Spirituosen von  
Paul Koslik, Rosenstraße 62  
S. Fleisch- und  
Wurstware, 8100  
Osk. Raabe  
Johann-Sewige-Allee 16

Maria Kettner  
Lederwaren-Groß  
Feldstraße 73 (8100)

Es geht um  
Ihre  
Gesundheit!  
Darum kaufen Sie Leib-  
binden, Bandagen, Krampl-  
aderstrimpe, Plastikbein-  
lagen u. San-  
tuarik, nur  
im Fachgeschäft

**Dresdner Orthopädische  
Werkeleien G. M. B. H.  
aus Potsdam** 8100

In der  
wieder einer  
des Volkes  
über „Kom-  
munisten“. L  
noch an Al  
gerade die  
Vorwürfe  
sind den der  
Hindernis

Beliebte  
zialbeamten  
ten Arbeit  
“Welle“ zum  
einen Wagn  
lend nicht mi  
machen zu  
von der So  
die Bourg  
– kapitulier  
in zunehmen  
der Einleitung

Wir beri

**Radio Grohmann** Bahnhofstr. 3  
Original Ohnbacher Lederwaren  
nur Amalienstraße 94, Alznastraße 18 und  
Kesselsdorfer Straße 90 8100

**+ Hartig's Drogerien +**  
Hausstraße 34 und 47, Fernsprecher: 16134  
Vorteilhafte Einkaufsquellen 8100

**Kauf**

**Schuhe in Löwenstamm**  
Wilsdruffer Straße 16

**Heirate  
nicht!**  
Seher Du  
Richter's Möbel-Schau  
suchen hast!

**SCHMELZER**

**Ernst Pöhlau**  
Buchhandlung  
Zirkusstraße 30, Telefon 27700

Liefert sämtlich Zeitschriften- und Lieferungswerte 8100

**Hermann Peetz**  
8100 Trompeterstraße 11

Dresden-Löbtau

**Möbel von Schmieder**  
Kesselsdorfer Straße 25 und 17 (Mosenhalle)  
kauf Ich immer wieder!

**Gasthof u. Ballsaal Bürgergarten** 8100

Ehem. der Arbeiterschaft

**Fahrräder** 8100

**Oskar Schöne & Sohn** 8100

Hausstraße 45

**Hut-Zentrale** 8100

Kesselsdorfer Straße 8  
Leipziger Straße 122

**Grabdenkmäler, Urnen in allen**

**Grabdenkmäler, Urnen in allen**

**Kurt Geißler** 8100

Kesselsdorfer Straße 38

Im Erdgeschoß des Löbtauer Friedhofs

**Karl Rehberg,**

**Hochzeitsfotografie, 79**

**Hochzeits**

# Geständnisse schlimmsten Arbeiterversrats

## von Karl Severing, Toni Sender und anderen Führern der SPD

In der sozialdemokratischen Stelle wimmelt es gegenwärtig wieder einmal von seitgebrachten Phrasen über „die Rechte des Volkes“, über den „Kampf für die Macht der Schaffenden“, über „Kampf gegen politische Diktatur und wirtschaftliche Verflüssigung“, über „die sozialistische Aktion“ und was es nicht sonst noch an Kästworten und radikalen Phrasen alles gibt. Aber grobe dieler große Aufwand und die starke Häufung dieser Phrasen ist höchst verdächtig. Sie haben keinen anderen Sinn als den der Verfälschierung der von der SPD getriebenen Hindenburg-Politik.

Sehr deutlich wird diese Absicht durch das vom der Sozialdemokratie eingesetzte Volksbegehren, von dem die SPD den Arbeitern weismachen möchte, daß es „die entscheidende Macht“ zum Kampf gegen die — wohlgemerte — nur sozialpolitischen Maßnahmen der Rottversetzung sei. Aber die Arbeitersind nicht mehr so einmächtig, um sich von den SPD-Führern vorwählen zu lassen, daß die deutsche Kapitalistensklave vor dem der Sozialdemokratie propagierten Volkssozialismus — also — kapitulieren werde. Die Arbeitermassen erkennen vielmehr in zunehmendem Maße, daß die Sozialdemokratische Partei durch die Einleitung ihres Volksbegehrens die Arbeiters von der Auf-

nahme des jetzt sofort notwendigen Abwehrkampfes gegen den Rohraub abhalten will.

Darum konzentriert sie sich ja auch in so Hartem Maße auf die Verbreitung des Volksentscheidsbetrugs, darum organisiert sie zur Zeit allenfalls Volksversammlungen zum Volksbetrag. Da aber selbt in den Kreisen sozialdemokratischer Wähler Stasis, Vorbehalt, Widerstand und zum Teil sogar bestreite offene Ablehnung gegenüber dem Volksentscheidsbetrug besteht, organisiert die Sozialdemokratie auch Referentenfeste und andere Veranstaltungen zur Mobilisierung der eigenen Organisation für ihren grobangelegten Volksentscheids-Swindel.

Aus einem solchen, in unermeidlichen Kreisen von Funktionsräumen der SPD am Sonnabend und Sonntag in Dresden durchgeführten Referentenfeste sind uns aus wohlvertrauten Kreisen durch einen gütigen Anfall Diagnose zu Ohren gelommen, die nicht nur beweisen, daß der von der Sozialdemokratie propagierte Volkssozialismus eine Illusion für den Kapitalismus ist, sondern die darüber hinaus ein unüberlegbarer Beweis und ein vielleicht Eingerücktes des wohlbedächtnigen Betriebs der Sozialdemokratie an den Arbeitermassen sind.

**Wir berichten aus einer**

## Instruktionsstunde für „zuverlässige“ SPD-Referenten

Tie am 17. und 18. September im Dresdner Volks- haus durchgeführte Konferenz der sozialdemokratischen Referenten und für die SPD rednerisch tätigen Parteimitglieder sollte einer gründlichen „Schulung für die Popularisierung des Sozialisierungsprogramms“ dienen. Dieselbe Konferenz wird in dicker Worte in der Presse und auch in anderen sozialdemokratischen Parteizeitung durchgeführt.

Auf die Teilnahme aller öffentlichen Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der Landtagsfraktion, der Dresdner Stadt- und Stadtverordnetenfraktion der SPD hätte man besonderen Wert gelegt.

Auf dem Referentenfeste, der wohlmeist vor auserlesenen und nur „überlängen“ zuverlässigen“ SPD-Funktionären durchgeführt wurde, gab Toni Sender zunächst einen Bericht aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den sie mit der Stellungnahme zu den leichten politischen Ereignissen verband.

### In der Reichstagsfraktion der SPD ging es „hoch“ her

Sie ging davon aus, daß der unlängst in den Zeitungen behandelte Attacke in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nur als eine „gründliche Ausprache“ angehen werden könne. Um was es sich dabei gehandelt hat, ist, berichtet von den Anhängerinnen, die Toni Sender auf dem Rausch machen,

aus einem „wie zur perspektiven Information der Bevölkerungsmitglieder und Referenten“ angefertigten Material zu erheben.

Zumindest es u. a.:

„In der Praktik fanden bei der Erörterung unserer Ziellang zur Präsidiumsmahl zwei Meinungen zum Vortag. Auf der einen Seite wurde erklärt, daß man für seine Partei stimmen könnte, die gegen die Verflüssigung sei; auf der anderen Seite wurde die besonders hohe Bedeutung dieses Reichstagsäquilibriums erkannt bei einer eventuellen Ausschaltung des Reichstages durch die Rappregierung. Es wurde die Frage gestellt, sollen wir eine Position (im Reichstagsäquilibrium), in der wir noch Einfluß zum politischen Kampf gegen ein Willkür-Regiment haben, aufgeben? Es kommt auf das Resultat an.“

„Schau, Ichau! Die Sozialdemokratie war also dementsprechend abgeneigt, durch Stimmenthaltung bei der Wahl des Vizepräsidenten Göring sich durch die für die Wahl Aufforderung zu gefährliche Stimmabstimmung der Nazis bei der Wahl des Vizepräsidenten „eine Position“ zu schaffen. Nur die in ihrem eigenen Mitgliedertum gärende Empörung hat sie davon abgehalten.“

Wie es übrigens am den zur „Begründung“ des schläglichen Schachers mit den Nazis angegebenen „Kampf gegen ein Willkür-Regiment“ bestellt ist, hat ja ab wann die Nazis der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Aufführung des Reichstags gesetzt, die von den Sozialdemokraten bekanntlich auch „Recht“ erkannt wurde.

Severing war schon am 15. Juli über den bevorstehenden schläglichen Umturz informiert!

Der Bericht, den die Sozialdemokratie am 20. Juli an den Arbeitern geäußert hat, und der in der Umturzzeitung des schläglichen Umturzes in Dresden berichtet wird durch einige Mitteilungen Severings, die er im Kreise der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion machte und die im Referat Toni Senders wiedergegeben wurden, ganz offensichtlich. Sie lagte darüber:

„Genoss Severing machte verschiedene Mitteilungen über die Ereignisse am 20. Juli in Berlin. So sei besonders möglich gewesen, daß bereits am 15. Juli einige Beamte des Justizministeriums (also des von Severing selbst verwalteten Ministeriums, die Nach) von den bevorstehenden Übergang der Preußischen Regierung Kenntnis gehabt hätten.“

Darüber hinaus waren nach Severings eigenem Geständnis, auf das die Sender bezieht,

bereits am 15. Juli in Rostock alle Verordnungen gegen die Preußische Regierung unterstrichen. Und das alles haben die sozialdemokratischen Jünger, und vor allem die preußischen Minister, rechtzeitig gewußt!

Vor den Arbeitern haben sie aber kein Stärkendesrichter laufen werden lassen. Dene wurden nach wie vor die Töne vom „leichten Wall der Republik“ vorgebläst.

Er berjucht, Rö mit — „Gewissensabffen“ herauszureißen

Nachdem die Sozialdemokratie den Arbeitern Jahrzehnt nachdrückt hat, daß Streiken der „soziale Gott der Demokratie“ sei, daß Severing in der oben erwähnten Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit einem Maße zu:

„Die Röppel ist, was die Söpfe betrifft. Wäre es aber überhaupt zu einer Kooperation zwischen Röppel und Rödermann gekommen? Na der Söpfe der preußischen Polizei Röppel, die ich auch den Söpfe bis 20. Juli mein Entgegengesetz, konnte der General Röppel

in der Sitzung der Reichstagsfraktion die unter den sozialdemokratischen Arbeitern herrschende Empörung und Entzündung auf zum Ausbruch gebracht?

Nicht einmal das! Sie haben vielmehr im Hinblick auf diese Empörung unter den sozialdemokratischen Mitgliedern gezeigt, Verhältnisse zu noch geschilderten Berat und Beitrag zu den sozialdemokratischen Arbeitern gemacht.

So erklärte Toni Sender auf dem Dresdner Referentenfeste:

„Es wäre richtig gewesen, die Söpfe auf den 20. Juli hinzuholen und plausibel zu verhören.“

Das sei nötig gewesen, damit seine Passivität Platz greife.

Mit anderen Worten heißt das, daß die sozialdemokratischen Führer von der „linken“ Röppel lediglich für noch geschilderten und besser verständigen Beitrag der sozialdemokratischen Mitglieder und aller Arbeiter sind, wobei sie den Berat der übrigen sozialdemokratischen Führer nicht nur bedenken und verteidigen, sondern sogar unmittelbar an ihre teilnehmen.

### Toni Sender als barmherzige Schwester für das Kapital

Das bewies die Sender auch folglich auf dem Dresdner Referentenfeste bei der Stellungnahme zu einer Reihe entscheidender Fragen. So meinte sie z. B. im Hinblick auf die Röppel-Vorberufung der Röppelregierung, daß durch das System der Steuerquittscheine und der Besoldungswiederholung für eingestellte Arbeiter gerade die schlechten Betriebe auf Kosten der besseren Betriebe (!) am Leben erhalten und auf diese Weise die Heilung ausgeholt wird.

Das sind die Sorgen der Berate und Schwester am Kapital-Homus. Sie bangen gesetzlich um die „Heilung“ des kapitalistischen Systems. Denn trefflicher als durch die Bemerkung Toni Senders kann ja die Sorge, die sich die SPD-Führer um die kapitalistische Wirtschaft machen, nicht beschreibbar werden.

Mag die Existenz der Arbeiter, über die man hin und wieder zwar einige radikale Phrasen drückt, zum Teufel gehen

### SPD-Führer tun in Schleifers Horn

Wie sehr die sozialdemokratischen Führer Anteil am Schleifer des Kapitalismus nehmen, beweist Toni Sender in ihrem Referat auch bei der Stellungnahme zur Auflösung. Doch für sich einmal davon gesprochen hatte, daß die SPD in die proletarisierten Mittelschichten eindringen und sich deren Gewaltentwicklungen zu eigen machen müsse, erklärte sie an anderer Stelle sinngemäß:

„Da Röppels Wahlpartei Unruhe regt, endet für die SPD eine schwierige Situation. Denn große Teile der Jugend sind mehrgelebt. Wenn wir Radikale im Staate sein wollen, dürfen wir aus diesen Gewaltentwicklungen nicht verschließen.“

Und dann folgte die bekenners beweisende Robenmundung:

„Wir haben lange Friedenssicherung unter kein Friedenssicherungsrat, aber ein monatliches!“

Das könnte Herr von Schleifer auch gesagt haben! —

„So lange Friedenssicherung“ — Schleifer führt die sozialdemokratischen Führer auf die Röppel-Führer zurück!

Sie nimmt sich nicht schlecht aus in der Rolle der Röppel-Führer die Toni Sender, die ja über auch darin groß, vor dem Forum der Arbeiter Auftriebssieden zu halten.

Über in der Tat lädt sie Röppel für die Röppel-Schleifer-Regierung und ist ein Dienstbarer Geist für die Röppel-Schleifer-Regierung.

Das gilt es aus ihren Wörtern zu erkennen.

## Immer wieder: Drosselung eurer Kampfstrafe

Es gibt aber noch viel mehr Geständnisse des Berates im Referat der Toni Sender auf dem Dresdner Referentenfeste. So erklärte sie zu den Gewerkschaften:

„Die Gewerkschaften sind Kampfbereit, das heißt, entschlossen, alle Rüden des Schleifers gegen den Arbeiter auszuspielen.“

Und das ist eben schändlich für die Arbeit, den außerparteilichen Kampf der Arbeiter unter allen Umständen zu lämmen, und fürt die Gewerkschaften Paragrafen-Maßnahmen zur Täuschung der Arbeiter durchzuführen, so wie die Drosselung der Kampfstrafe, wie sie die SPD-Führer auch fernher durchzuführen gesollten, auch noch durch eine andere Robenmundung von Toni Sender angegeben. Sie logt nämlich,

„daß in gewissen Situationen Strafe nicht zu vermeiden wären, und daß die Gewerkschaften deshalb gezwungen seien, die leichten Zinsen abzuhängen,“

womit nichts anderes als die sozialen Unterstützungsseinrichtungen gemeint sein könnte. Das ist ja auch schon seit längerer offizielle Kurs der Gewerkschaftsbürokratie, den die Sender ausreichend bestätigte, indem sie die amtierenden Referenten aufwehrte, die Gewerkschaftsmitglieder auf den Abbau der Unterstützungsseinrichtungen hoffen lizen. Sozialistisch vorzugehen. Auf diese Weise soll also der Dödlich gegen die sozialistisch

troß aller Streitbrüderpraxis der Röppelstrafe zum Kampf der Arbeitnehmer geführt werden.

Warum sich die sozialdemokratischen Führer „Mit alle Hände“ rütteln, umrichtet Toni Sender mit den Worten:

„Söhnen wie uns besser, daß Ergebnisse wie in Belgien und England eintreten.“

Damit meinte sie die in den dort geführten eigentlichen Kämpfen der Arbeiter immer stärker erfolgende Radikalierung der Männer und deren unablässigen Zögern zum Kommunismus.

Davon haben viele sozialdemokratischen Führer gewußt und darum befreit je gerade die beladenen Männer der Röppel- und sozialdemokratischen Führer auf die Schleifer-Gesellschaften, welche durch die Röppel-Gesellschaft möglich viele sozialdemokratische Arbeiter bei der Stange, k. k. bei der Sozialdemokratie zu halten und ihre Rückwanderung zum Kommunismus zu verhindern.

Gerade darum haben wir die vor unzähligen Kreise gewählten Ausführungen von Toni Sender zum Röppel genommen, um ihr und allen sozialdemokratischen Führern die Röppelstrafe zum Gewaltentwickeln vom Gesicht zu ziehen.

## Bolzbegehren — „nur agitatorische Bedeutung“

Dabei ist nur noch erstaunt, daß auf der sozialdemokratischen Referentenversammlung, über die sie die sozialdemokratische Brüder vom Röppel wahrscheinlich ausgedehnt haben, die Röppelstrafe nicht gegen die Gewerkschaften, sondern „nur agitatorische Bedeutung“ habe.

Damit haben sie die Röppelstrafen-Gesellschaften ja nicht, denn wie kommen denn ja doch in die Röppel-Wüste, Spill Sender.“

Und der in der Diskussion aufgetretene Bolzbegehrungsrebellen Sachsen meinte noch deutlicher, daß das Bolzbegehrung, die Gewerkschaften gegen die Röppelstrafe, keinen Sinn habe.

Damit haben sie die Röppelstrafen-Gesellschaften ja nicht, denn sie kann nicht die Röppelstrafe auf die Arbeitnehmer beenden, wenn sie vom außerparteilichen Röppel-Gesellschaften, damit ihrer außerparteilichen Röppelstrafe geführt wird.

Was für die Sozialdemokratie aufzuhören braucht, geht aus einem am Sonnabend, dem 17. September, in der sozialdemokratischen Zeitung „sozialdemokratisches Kritik“ 23450-Jahre, sowie einer den Röppelstrafe, die Sozialdemokratie mögliche den jungen Röppelstrafe und die Röppelstrafe auf die Arbeitnehmer beenden.

laufen, die „Kommandobrüder des Staates“ zu berichten. Da dies natürlich auch der Gewerkschaften gegen sozialdemokratischen Sträflingstum sein wird, sei deshalb dazu erläutert:

Was der Kommandobruder des Staates“ zumindest ist, sei noch von sozialdemokratischen Röppelstrafen, Sozialdemokratien weiter, die ja in den Röppelstrafen-Gesellschaften sind, und der Röppel, den das von ihnen geführte Gesellschaften, welche bald im Sozialismus, fernerhin handeln.

Und der Röppelstrafen-Gesellschaften, welche bald im Sozialismus, fernerhin handeln.

Die Röppelstrafen-Gesellschaften, welche bald im Sozialismus, fernerhin handeln.

# Brand-Erbisdorf — die tote Bergstadt

**Sämtliche Hauptindustriebetriebe liegen still. Rapides Anwachsen der Wohlfahrtsarbeitslosen. In zwei Jahren von 91 Parteien auf 1015 Parteien. Die Mutter einer Schulfamilie von 32 Kindern bis auf einen seit Jahren erwerbslos. Der Zusammenbruch der SPD-Kommunalpolitik. Rettung bringt nur die rote Kommune**

Brand-Erbisdorf, eine Stadt mit vorwiegend Glasindustrie, rund 8000 Einwohnern plötzlich, liegt im Erzgebirge, in unmittelbarer Nähe Freibergs. Die Bürgermeisterei hat jetzt einen „Notstand“ an die gesamte deutsche Presse verkündet. Seit Jahren liegt in kleinen Glashütten die Glasindustrie still. Die Mehrzahl der Glasarbeiter sind seit dieser Zeit erwerbslos. Andere Arbeit ist in unmittelbarer Nähe kaum zu erhalten. Einen Begriff von der Größe der Tragödie für die Erwerbslosen und der Tiefe der Krise erhält man aus folgenden Zahlen:

Gegenwärtig bestehen	
1015 Parteien Wohlfahrtsunterstütz.	= 175,91 v. Tausch. d. Einwoh.
187 " Fürsorgeunterstützung = 32,40 "	" "
194 " Klein- u. Sozialrente = 33,63 "	" "
180 " Krisenunterstützung = 31,23 "	" "
100 " Arbeitslosenunterstützung = 17,20 "	" "
1678 Parteien	290,66 v. Tausch. d. Einwoh.
(Wohlfahrtsunterstützung: 59,8 Landes-, 37,45 Reichsdurchschnitt)	

Während die Zahlen der Alten- und Kreu-Empfänger durch Ablauf der Bezugsberechtigung steigig geflossen sind, stieg die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen, für die Bezirk und Stadt zu langen haben, wie folgt:

1. 4. 1930:	91 Parteien
10. 4. 1931:	506 "
1. 11. 1931:	728 "
1. 9. 1932:	1015 "

Zu den oben genannten 1678 Parteien treten etwa noch 950 unterstützte Kinder und schwangere Weiber hinzu, die von der Statistik nicht erfasst wurden.

Es wird also weit mehr als die Hälfte der Einwohnerhaft irgendwie unterstellt.

Die Not der Jugend kennzeichnen zwei Beispiele:

In einer Volksschulklassie von 32 Kindern kann nur 1 Kind nachweisen, daß der Vater in Arbeit steht. Nicht viel besser sieht es in anderen Klassen und in der Berufsschule aus.

Man wird sich vorstellen können, wie schwierig sich der Schulbetrieb regelt, wenn man Ernährungsstand, Kleidet, Lehrmittelbeschaffung der Schüler ins Auge sieht.

Von 331 jugendlichen Erwerbslosen sind

52 länger als 6 Monate in Fürsorge	
124 " 12 "	" "
72 " 18 "	" "
55 " 24 "	" "
13 " 30 "	" "
8 " 36 "	" "
7 " 48 "	" "

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß es sich entweder um Lebendige handelt, die ihre drei- und vierjährige Lehrzeit entweder nicht voll erreichten oder nach Bollenden sofort erwerbos waren. Soweit es nicht Lebendige sind, durchliefen sie verschieden lang vor Eintritt in die allgemeine Fürsorge die Arbeits- oder Arzneifürsorge. Die Lage dieser jugendlichen Erwerbslosen ist einfach katastrophal. Besonders deswegen, weil auch die wirtschaftliche Lage des Elternhauses durch fast ebenso lange

## Allgemeines

gehen morgen 20 Uhr nach Kritics Gasthof in Freital

Bert spricht Kamerad Oberleutnant a. D. Friedrich

Erwerbslosigkeit des Haushaltungsvorstandes erschüttert ist.

Nicht als 200 Väter und Söhne aus der Tafelglashütte haben u. a. keinerlei Aussicht, irgendwie oder irgendwo in ihrem Fach jemals wieder tätig zu sein.

In der örtlichen Industrie arbeiten nur noch mittlere und Kleinbetriebe voll: 1 Weizen- und Mehlereibetrieb, 1 chemische Fabrik, 1 Garbenbündelsfabrik (Satinbetrieb). —

Verkäufer arbeiten noch: 1 Möbelbetrieb, 1 Dampfhammerwerk, 1 Kalksteinwerk, 1 Maschinenfabrik, 1 Strumpf- fabrik.

Von den Hauptindustrien sind noch immer ausgelegt: Elite-Diamantwerk (neuerdings zwangsarbeitsfrei), (Automobil- und Motorwerke), 1 Tafelglashütte, 1 Tafelglashütte mit

## Veröffentlichung und das Ende von Lenins Bruder

In Hand von Originalfotos und Dokumenten berichtet die neue U3 vom Schicksal des Bruders Lenins, der im Jahre 1887 in dem Schlesischen Bergort Zabotin geboren wurde. Diese historische Schicksalskette ist aktuell, denn heute werden in Ungarn revolutionäre Führer eben hinter Abhängen versteckt, werden in Deutschland Arbeiter zu zehn Jahren Justizhaus verurteilt und es droht ihnen von den Sondergerichten sogar die Todesstrafe. Doch der Zille der Zabotinischen Schule zu machen mit dem Terror und dem Fanger, meist nicht einzige Kampfer, wie zur Zeit der Brandung von Zabotins Bruder führen den Kampf, sondern die antikommunistische Elitktion mobilisiert die Massen der Werkstätten. „Wir machen jetzt Schlag und kämpfen mit euch“ logen oppositionelle SA-Soldaten und Nachkommensleute, die sich auf dem Döbelbacher Gedenktagtraum für die rote Einheitsfront erklärten. Das Liedtitel zeigt die ehemaligen Soldaten und Reichskonservatoren in der antikommunistischen Front. Es gilt, dem Soldaten der polnischen Freiheit, von denen Strelitz die U3 berichtet, zu folgen.

## Ein Wort an die örtlichen Arbeiter

Möglichkeit des örtlichen Radikalismus rückt der „Rote Wall“ an die örtlichen Arbeiter die Frage, ob ihr Platz noch freiemas in einer Partei sein kann, die seit 1918 lebenslang an österreichische Klasse hält, wenn der werktätigen Bevölkerung eine Rolle verneint wurde. Im Zusammenhang damit wird die Darstellung der Radikalbewegung durch den „Roten Aufbau“ ihre Wirkung über die „gegenwärtige Ordnung“ des Herrn von Papen nicht verschleiern. Erinnert: Ich kann an die in der gleichen Nummer veröffentlichten Gedanken über den Wirtschaftsuntergang im Sinne der Sozialisten, in der Sozialdemokratie. „Der Rote Wall“ kann es Ihnen nicht geben.

## Das Urteil von Rostock

Erstaunlich! Eine außerordentliche Radikalbewegung, die diese Radikale Verhandlung nicht mehr vor der Gerichtsbarkeit stellt. Eine solche Stellung ist höchstens für die Rote Partei möglich.

2 Flechtmühlen (durch außergewöhnliche Konkurrenz stillgelegt, obwohl Teilbetrieb möglich), 2 Hobelglashütten (Wulftzige vorhanden, Bettelarbeitskapitalien trotz dieser Mühe nicht zu beschaffen), 1 Spinnerei für gewerbliche Garne, 1 kleine Keramikfabrik, 1 Sägemühle (Privateigentum).

Die Automobil- und Glasindustrie liegt vollständig brach und ist dem Verfall preisgegeben.

Der Fall dieses Bergdörchens ist typisch für die Politik der SPD. Seit 1918 dominiert die SPD, sie stellt hier den Bürgermeister. Die Verwaltung ist also völlig in ihrer Hand. Noch vor wenigen Jahren verfügte diese Verwaltung, die Privatwirtschaft durch Subventionen zu halten. Sie glaubte mit diesen Mitteln, die Industriellen, u. a. die Opiemerke, zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe veranlassen zu können. Auch in dem Rottschel appelliert sie an den guten Willen der Privatwirtschaft.

Die herrschende Klasse aber pfeift auf die Schwierigkeiten

sozialdemokratischer Gemeindeverwaltungen, ihr sind die Gemeinden Mittel zum Zweck, zur Durchsetzung ihrer Ziele. Die Gemeindeverwaltung ist ein Instrument der herrschenden Klasse zur Durchführung ihres hungernden Angesichts gegen die Werktätigen. Noch nie ist ein Angehöriger der herrschenden Klasse Opfer der Finanznot der Gemeinde geworden. Das zeigt am besten, daß eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse im kapitalistischen Staat, in der kapitalistischen Gemeinde, nicht möglich ist. Die Belohnung der Polten der kapitalistischen Gemeinde durch SPD-Mitglieder ändert an dem Gleich der Werktätigen nichts. Das zeigt am besten der Fall Brand-Erbisdorf. Die Sicherung der Existenz der Werktätigen ist nur im Sozialismus möglich. Erst wenn die kapitalistische Gemeinde durch die sozialistische in außerparlamentarischen Kampf erobert werden ist, wird der Produktionsapparat durch die Werktätigen für die Werktätigen wieder in Gang gelegt. Wer für dieses Ziel zu kämpfen bereit ist, der wählt am 13. November Kommunisten!

# „Die Reaktion geht aufs Ganze!“

Das ist die Überschrift zu einem Leitartikel in der Sächsischen Gemeindezeitung, Kommunalpolitische Zeitschrift der SPD für Sachsen, vom 20. 8. 1932. Die Edel und Kampani, die dort verantwortlich gezeichnet, haben jetzt endlich auch entdeckt, was wir als Kommunisten seit Jahren feststellten. Wenn Herr Edel so laut schreit, dann hat das sicher keinen bestimmten Grund. Das ist auch aus dem Artikel zu erkennen. So heißt es einleitend in demselben:

„Die Reaktion geht aufs Ganze. Nach dem Rücktritt des Herrn von Papen gegen die preußische Regierung schwächt die Reaktionäre der Ramm. Sie erwarten natürlich, daß Papen noch mehr Schläge gegen die demokratischen Rechte der Staatsbürger führt. In einem Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten wird offen die Reichsdictatur auch für die Gemeinden gehorcht. Es drängt sich so heftig es in dem Artikel, die Frage auf nach der Neugestaltung der Dinge in den Zellen des Staates, in den Gemeinden.“

Die Herrschäften vergessen nur eins, daß Herr Seering mit seinen Genossen sowohl in der Reichsregierung, als auch in der Preußenregierung, Herrn Papen gute Vorarbeit geleistet hat. War es nicht Herr Seering, der als preußischer Minister des Innern schon bis zum Herbst 1930 in über 500 Gemeinden Staatskommissare eingesetzt hatte? Sind es nicht die sozialdemokratischen Kreis- und Amthauptleute in Sachsen, die rücksichtslos den Gemeinden, sofern sie nicht freiwillig durchführen, was ihnen diese Herren befehlen, diktieren? Wurde nicht die Pflichtarbeit in den Amthauptmannschaften, in denen Sozialdemokraten an der Spitze lagen, wie in Zittau der frühere Parteisekretär Schumann, am ersten und rücksichtslosen den Gemeinden diktieren? Hat nicht der langjährige Spitzenkandidat der SPD bei vielen Parlamentswahlen, Herr Baedeker, Kreishauptmann für Dresden, der Stadt Dresden Millionensteine am Sozialstaat diktirt und rücksichtslos neue Steuern eingeführt? Das sind nur einige Fragen, die wir stellen. Jeder Arbeiter aber wird daran die Demagogie der SPD ablesen. Wir werden nicht dulden, daß die Verantwortlichkeit der SPD als Zeitzweiter der faschistischen Diktatur verminzt wird!

In einem weiteren Absatz schreibt der Verfasser des Artikels:

„Alle Freiheiten, alle sozialen Fortschritte sollen beseitigt werden, das allgemeine gleiche Wahlrecht zu den gemeindlichen Ämtern wird gelöscht. In vielen Abschriften gipfelt der Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten. Die Gemeindekollegien mühten die Vertretung aller der Berufe und wirtschaftlichen Gruppen werden, deren Wohl und Wehe von den städtischen Beschlüssen berührt werden.“

Auch das ist eine erbärmliche Demagogie. Die SPD hat in Dresden selber in der Volkszeitung noch im Dresdner Rathaus Stellung genommen gegen den Oberbürgermeister Küll, der laut Dresden-Rathaus-Nachrichten in einer Sozialparteivereinigung dieleben Gedankengänge entwickelte. Wörtlich hatte dieser von der SPD gewählte Ober in der betreffenden Versammlung erklärt:

„Allgemeines Wahlrecht führt zum Despotismus der bloßen Zahl.“

In Verbindung damit verlangt er eine Wahlrechtsreform, in der Berücksichtigung der berufsspezifischen Vertretung, wie sie

von den Sozialisten gefordert wird, ihren Ausdruck finden soll. Warum hat hier die SPD nicht Stellung genommen? Warum entbehrt sie jetzt mit einem Male erk, daß diese Forderung ein Gefahr bedeutet? Besteht ein Unterschied darin, ob Herr Küll oder die Leipziger Neuesten Nachrichten diese Forderung stellen? Auch hier werden die Arbeiter die Antwort selbst finden. Die bürgerlichen Vertreter befinden sich auf einer Linie und die SPD hat ihnen dabei Hilfestellung geleistet!

Das werden die Werktätigen nie vergessen. Alle Berufe der Demagogien um Edel und Co. müssen scheitern! Die Qualität wird allen Volkseinheiten am 13. November ausgestellt durch Wahl von Kommunisten in die Gemeindeparlamente!

## Bedeutung der Dorf- und Stadtsoziets

im Gegensatz zu den Gemeinde- und Stadtverordneten

Nachher bringt mir einen Artikel aus der Inselzeitung „Sozialer Kommunismus“ (19. August), zu haben in der Hofstraße, Altenstraße 76, die im nächsten Augenblick als gute Basis für den idealistischen Kampf zu den vorliegenden Gemeindeamtswahlen ist. Jahr Gesetz mag viele Städte leiden — Gesetz zu Wahlenstreit!

Die Gemeindeparlamente in Deutschland dienen der Bourgeoisie zur „demokratischen“ Tarnung ihrer willkürlichen Klassepolitik. Die Exekutivgewalt und damit der gesamte Verwaltungs- und Finanzapparat liegt in den Händen der der Bourgeoisie willkürlichen Beamten. Die gewählten Vertreter können die Wünsche der Bevölkerung im antreten Sinne an diese Exekutivgewalt heranbringen. Diese aber entscheidet über die Durchführung. Das im Interesse der Bourgeoisie klassenmäßig aufgebauten Steuerjagden findet auch in den Ausgaben eines Auszugs darin, daß für die Werktätigen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Die gesamte Politik gerade in einer so dauernd verharrenden Krise der kapitalistischen Gesellschaft aber wird durchgeführt unter der Devise:

„Beschärfte Ausbeutung der Werktätigen zur Erhaltung der Profite für die Besitzenden!“

Die Dorf- und Stadtsoziets spiegeln wider die grobe gewaltige Umwälzung, die ihren Ausdruck findet in der Devise:

„Alles für die werktätige Bevölkerung!“

Der Stadtsoziet ist der Herr der Stadt. Es handelt sich nicht einfach um Selbstverwaltung, sondern der Sowjet verfügt über die ganze Macht. Der Sowjet als Gangs, all seine Sektionen und jeder einzelne Deputierte, tragen vor ihren Wahlern die Verantwortung für jeden Winkel, der in der Kommunalwirtschaft zugeht. Wenn das Pflichter ein Loch macht, wenn das Wasser nicht ausreicht, wenn das Kanalisation schlecht funktioniert, ein Haus schlecht gebaut ist, Unqualität in den Schulen, Schmug in den Kramenkästen, Stodungen im Straßenverkehr zutage treten, so trägt für alle diese Dinge der Sowjet der Arbeiter, Angestellten, Bauern und Rotarmisten die Verantwortung.

Mit dem gewaltigen Wachsen der Industrie, mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse steigen die Kulturbedürfnisse, ungeheure große Entwicklungsaufgaben stehen im Zusammenhang mit dem sozialistischen Aufbau. Der Dorf- und Stadtsoziet muß die Entwicklung einschätzen, die notwendigen Maßnahmen zur freien Entwicklung schaffen. Das große Ziel gerade aus kommunalwirtschaftlichem Gebiete ist:

Die soziale Umgestaltung der Lebensweise!

Jeder mag diesen Satzzenken loben! Das Ereignis bei diesem Jahrigen Dresdner Sozialkongress ist zweitelles noch wie vor das Jubiläum des Circus Sarrasani im Monumen-talbau am Carolaplatz. Taggleich begeistert sich die begeisterte Menge an den circenischen Darbietungen, an den neuen, eigenartigen Liebesstücken und nicht zuletzt an den 1000 Überzeugungsworten, die in der großartigen Manege-Krone durch die Buntbier und Lebendigkeit der Bilder, der Stimmen, polnen und wiederum überwältigendem Baumballspiel ganz besonders nachdrückliche Bedeutung gewinnen. Wer diese Spielshow noch erleben will, möge nicht mehr mit dem Besuch absagen. Täglich 20 Uhr Vorstellung. Montag, Mittwoch, den 21. September, um 15 Uhr. Kommandositzung mit dem sozialistischen Ehrenpräsidenten. In dieser Kommandositzung zahlt alles mit halber Stelle. Dassau! Seien ganz bedrohlich die Erbhaber, Kleinrentner, Kriegsbedienten, etc. hingewiesen. Bei diesen erstaunlich wunderlichen Freuden ist jedem der Besuch im Circus Sarrasani möglich gemacht.

Städtisches Kunstmuseum (Giesebrechtstraße 34). Sonderausstellung aus Museumsbeständen: Rüstungsmodelle aus der Zeit um 1800 und Squarette englischer Reiter des 19. Jahrhunderts. Jerner Vereinsausstellung des Dresdner Kunstmuseumvereins: Geöffnet: Sonntags 10—13, Dienstage und Donnerstags 12 bis 19, an den übrigen Wochentagen 9—14 Uhr. Eintritt frei.

## Die Ritterbachtrotte

Jeder freut sich darüber, jeder sieht die Trotte mit Jägeresse an und mit der Kinderbachtrotte läuft, heißt gesagt. Die Kinderbachtrotte haben es gut, sie bekommen jetzt ihre eigenen Pferdebrotte und können damit ihre Tanten, Onkel und Opa und die guten Onas zu festlichen Fällen in die Kinderbachtrotte abholen. Wer will eine jörgle Stunde betreuen will, der steht in die Kinderbachtrotte abholen. Wieder gibt es allerlei Stadien, die in dieser Jörgle Stunde mit Jägeresse wie ein Jungbrunnen wischen.

SPD-Arbeiter, antwortet auf verlogene Manöver der SPD-Führer

# Bapenkurs im Dresdner Rathaus

**Rasis und sozialdemokratische Führer im Bunde mit den Bürgerlichen gegen Offnung der Tribüne. SVD verhindert Verhandlung der Winterhilfsanträge. Hungernde Erwerbslose durch Polizei von der Tribüne geworfen. Wohlige, antwortet durch Einredung In Antisocialistischer Aktion, wählt am 13. November Kommunisten!**

Gestern fand nach einer Pause von 2½ Monaten die erste Sitzung der Stadtverordneten nach den Ferien im Dresdner Rathaus statt. Die Mehrheit hatte mit ihrem sozialdemokratisch-bürgerlichen Verlauf alle Anträge der Kommunisten auf Massenentlassungen Bapens, die den Werkstätten Dresden neuen hunger befehlen, das Votum des SVD-Kreischaupmanns Bud, in dem weitere Entlassungen bei einer Reihe höchster Beamten verlangt und die ungewöhnlichsten Einsparungen am Sozialamt vorgenommen sind, haben solche Dinge schon lange keine Eile mehr. So war es kein Wunder, daß sie den kommunistischen Antrag, in dem die Aufhebung der Massenentlassungen bei den Krantzenhäusern verlangt wurde, in den Abschluß verfehlten. Eine Reihe von Berichten zu wichtigen Vorlagen des Rates, die die SVD im Interesse der Dresdner Werkstätten forderte, wurde gleichfalls abgelehnt. Am deutlichsten wurde die Rolle der SVD erkennbar durch die Ablehnung der Beauftragung des Winterhilfungsberichtes. Erwerbslose wurden aus Anstellung zum SVD-Berichterstatter völlig durch Polizei von der Tribüne entfernt. Ein SVD-Arbeiter gab ihnen am Ende der Sitzung, besichtigt durch die Borgia, eine proletarische Antwort. Er schrieb den letzten SVD-Hauptsatz von der Tribüne die Worte ins Gesicht: „Drei Jahre bin ich erwerbslos, 18 Jahre habe ich SVD gehabt, ich habe auf euch gehofft. Jetzt bin ich am Ende. Von euch, das habe ich jetzt, haben wir nichts zu erwarten.“ Diese Worte eines SVD-Arbeiters waren nicht nur eine wichtige Aussage, sie waren zugleich eine Antwort auf die verlogenen Agitationen der SVD, die wie an anderer Stelle behaupten. Diese Erfahrung eines ehrlichen SVD-Arbeiters war ein gutes Beispiel für die kommenden Kämpfe und die Kommunalwahlen!

Bereits bei Sitzungsbeginn geht die kommunistische Stadtverordnetenfraktion zur Offensive über. Genosse Gabel verlangt das Wort zur Geschäftsausordnung. Scharf greift er die Stadtverwaltung an, die jetzt nach 2½monatiger Pause verfügt, im Bapenkurs zu regieren. Fürsorgelässig werden weiter geführt — Steuern werden weiter eingeziehen, alles auf Kosten der Armen. In einer solchen Zeit des verhältnismäßig kurzen der Bourgeoisie auf die Unterhöhung des Existenzminimums der werkstätigen Bevölkerung ist es für die Katastrophenpolitiker besonders wichtig, daß die Tribünen für Besucher ohne Karten geschlossen blei-

ben. Ein Antrag der SVD auf Offnung der Tribünen steht deshalb auf Ablehnung von der SVD bis zu den Rasis.

Weiter wird verlangt, daß die Anträge, die zu den Massenentlassungen des Bapenkurses eine Verhandlung stattfinden, und eine Winterhilfsaktion für die Erwerbslosen in Form von Kohlen, Lebensmittel, Kleidung usw. an erster Stelle zu beraten, angekündigt werden. Das ist ein Auftakt zur weiteren „Sozialpolitik“ der SPD-Stadtverordnetenfraktion und dieses schändliche Treiben dieser Deuchler müßte auch den leichten Proleten beweisen, wer Bapens Sozialaktion läuft.

KPD gegen Massenentlassungen

## SVD-Führer begeistert für Bapenkursprogramm

Jedgenden Antrag der KPD-Faktion wird vom Genossen Gabel begründet:

- „Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,
- 1. die von ihm geplanten Entlassungen von Krantenpersonal nicht vorzunehmen,
- 2. zum Zwecke der Weiterbeschäftigung des gesamten heute noch vorhandenen Personals und der Wiedereinrichtung entsprechender Personals die Arbeitszeit sofort auf 48 Stunden mit vollem Lohnausgleich herabzulegen.“

Sofort nach der Schließung des Johannistädter Krantenhauses wurde dieser Antrag dem Kollegium überwiesen. Rücksichtslos wurde damals das Krantenhauspersonal entlassen mit dem billigen Trost, daß die Einstellung später wieder erfolgen soll. Wochen sind bereits vergangen, kein Mensch wurde wieder eingestellt. Im Gegenteil, die Dresdner Stadtverwaltung röhmt sich noch städtischer Arbeitsstellen freigemacht zu haben. Auch die Gewerkschaften tun nichts gegen die Abbaumaßnahmen des Dresdner Rates, sie schließen, wie immer, bedingungslos. Bei dieser Gelegenheit muß man einmal auf die Tätigkeit des Sozialdemokraten Kreitag, zweiter Direktor des Dresdner Arbeitsamtes, hinweisen. Dieser Sozialdemokrat befürwortete Bapens Antrag gegen die Arbeiterklasse mit der Feststellung, daß „die wirtschaftliche Geläufigkeit wieder hoffnungsreich“ werde, der Zirkus sei übermund und die Börse werde „wohl sehr wichtig für die Erwerbslosen, wie?“ plagen wieder an. Wir erläutern: Keine Massenentlassungen, sondern Arbeitsbeschaffung bei sozialer Entlohnung ist notwendig. Und wir werden alle von den Massenentlassungen und der Notverordnung betroffenen Schichten mobilisieren im Zeichen der Antisocialistischen Aktion gegen weite Bereicherung und Ausbeutung.

Der Antrag wird dem Prüfungsausschuß überwiesen

## SVD gegen Arbeitszwang

Zu folgendem Antrag der KPD-Faktion nimmt die Genossin Gansauge Stellung:

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Maßnahme des Fürsorgeamtes, weibliche Erwerbslose, soweit sie alleinstehend sind, dem Pflegamt Ammonstraße 9 zu überweisen, sofort auszuhelfen.“

Es besteht auf der Ammonstraße ein sogenanntes „Pflegamt“ der Dresdner Fürsorge. Hier werden Frauen und Mädchen untergebracht, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Notlage nicht mehr in der Lage sind, ihr Leben selbstständig zu fristen. In dieser, man muß sagen, Arbeitsdienstpflicht wird von den Frauen eine Arbeit von 8 bis 19 Uhr verlangt. Es ist vorgesehen, daß man sogar eine Wochenerin, der das Fürsorgeamt die Beihilfe ablehnte, in diese Arbeitsdienstpflicht stelle. Der Wochenlohn beträgt 4 Mark.

Gegen solche Zwangsmassnahmen gegenüber den wohlfahrtsärmeren Frauen muß unverzüglich Stellung genommen werden. Was sagen übrigens die SVD-Proleten zu den Massenentlassungen der Politik „des Fürsorgeamtes“ Ammonstraße?

Dieser Antrag wird ebenfalls von der Mehrheit dem Prüfungsausschuß überwiesen.

Bei einem Antrag der KPD-Faktion, die in demagogischer Art verlangt, man solle bei der Regierung die Zurücknahme des sozialpolitischen Teils der Bapen-Kostentzessung verlangen, nimmt der Genosse Schneiders Stellung.

Gerade die Kommunisten brachten den Willen des Volkes im Reichstag überzeugend zum Ausdruck. Die Notverordnung wurde enttarnt als ein letzter Rettungsversuch der bürgerlichen Bourgeoisie. Wieder soll mit Hilfe einer unerhörten Betrübung das letzte aus den werkstätigen Schichten herausgeholt werden. Die Nationalsozialisten defanzieren sich durch den Mund einziger ihrer

Führer offen als die Träger der beständigen Regierung. Die Sozialdemokraten erläuterten einmal, daß sich seine Regierung länger als 24 Stunden gegen den Willen der Gewerkschaften halten könnte. Bitte, die Probe aufs Exempel! Doch selbst große Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft beginnen zu erkennen, daß sie durch ihre Führer in ein rosigesettetes Betrugsgamehr hineingerichtet wurden. Sozialisierungsaufträge hat die SVD im Reichstag eingebracht. Die Arbeiter werden sich erinnern, daß die SVD schon 1918 in die Welt gesprungt: Die Sozialisierung marschiert! Dieser SVD-Sozialismus ist zwischen über Tausende verschütteter Egizien und Proletarierleichen „marschiert“ — bis zum Schlusse!

Die Kommunisten aber werden verklärt, dem proletarischen Gebot der Stunde gehorrend, die Arbeiter zur Antisocialistischen

Aktion mobilisieren.

## Röhr, Subalter der sozialistischen Diktatur

Er verlangt mehr Verbote der kommunistischen Presse

Die schweren Maßnahmen der Kommunisten rufen den jüdischen Röhr auf den Plan. Ja seiner Wut bedient er sich auch jüdischer sozialistischer Diktatur, indem er behauptet, daß mehr SVD-Zeitungen verbieten seien als kommunistische Zeitungen. Ein Wink an die Bapen- und Schied-Regierung, doch alle kommunistischen Zeitungen zu verbieten, damit der Demagogie der SVD freie Bahn bleibt. Besser könnte sich dieser ehemalige USP-Radikalismus, der früher schon häufige Eingreifungen der Rathauspolizei verlangt, kaum entlarven.

Genosse Neuhof verlangt Röhr noch besonders dagegen, daß laut Notverordnung die Geldstrafebung der Gemeinden aufgehoben werden soll. Die Anträge werden angenommen.

Weiter nimmt ein SVD-Antrag dazu Stellung, daß den Gemeinden ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um deren Zusammenbrechen zu verhindern.

Bei dieser Gelegenheit schmerrt Oberbürgermeister Röhr wieder einmal ob seines schweren Postens. Die preußischen Städte hätten es bedeutend besser als die jüdischen und überhaupt sei die Finanzlage der Stadt „gespannt“.

Genosse Gabel rechnet noch einmal gebührend mit der Finanzpolitik des SVD-Oberbürgermeisters Röhr ab. Röhr und die gesamte SVD-Faktion waren zur Zeit der Unzulänglichkeit des SVD-Oberbürgermeisters die ehrgeizigen Drosseler des Sozialstaates. Wenn auch die preußischen Städte „besser“ dastehen als Dresden, den preußischen Proleten wird es jedenfalls genau so dredig gehen. Der Antrag wird angenommen.

Ein Winterhilfsprogramm wird dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

Die Sitzung wird abgebrochen. Genosse Helm wendet sich in scharfen Worten dagegen, denn die wichtigsten Anträge für die Armuten der Stadt Dresden bleiben unbearbeitet. Doch, was schert das schon die SVD-Berichterstatter bis hinüber zu den Rechten des Hauses...

Um Schlub ruft ein SVD-Arbeiter von der Tribüne, empört zur SVD-Faktion hinunter:

„18 Jahre habe ich auf euch gehofft und gesahrt. Seit 18 Jahren bin ich arbeitslos, aber jetzt wage ich einfach mit euch!“

Mäßig, SVD-Proleten! Ihr Schlub mit diesen Beträgen! Rämpft mit den Kommunisten für eure Interessen in der Antisocialistischen Aktion!

Ein Winterhilfsprogramm wird dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

Die Sitzung wird abgebrochen. Genosse Helm wendet sich in scharfen Worten dagegen, denn die wichtigsten Anträge für die Armuten der Stadt Dresden bleiben unbearbeitet. Doch, was schert das schon die SVD-Berichterstatter bis hinüber zu den Rechten des Hauses...

Um Schlub ruft ein SVD-Arbeiter von der Tribüne, empört zur SVD-Faktion hinunter:

„18 Jahre habe ich auf euch gehofft und gesahrt. Seit 18 Jahren bin ich arbeitslos, aber jetzt wage ich einfach mit euch!“

Mäßig, SVD-Proleten! Ihr Schlub mit diesen Beträgen!

Rämpft mit den Kommunisten für eure Interessen in der Antisocialistischen Aktion!

## Die 12. Internationale Kinderwoche

Ein wichtiger Frontabschnitt in der Antisocialistischen Aktion!

In der jüdischen Kinderbewegung werden entzückende Vorarbeiten für die endgültige Durchführung der IJKW geleistet. Mit Kampfesbereitschaft geht die Kinderbewegung hin an die Mauern der Arbeiterschule, um sie einzurücken in die Kampffront gegen Kinderausbeutung, Hunger, Krieg und faschistisches.

Jetzt gilt es, nota bene bei der gesamten Arbeiterschaft. Die 12. Internationale Kinderwoche und der Kampf gegen Kinderausbeutung, Hunger, Krieg und faschistismus ist Gebot aller Arbeiter, Jungearbeiter und Arbeiterschüler.

Die 12. Internationale Kinderwoche ist ein entscheidender Frontabschnitt in der Antisocialistischen Aktion!

Seite an Seite stehen die Arbeiterschüler beim Kampf gegen Arbeiterschulabschaffung. Arbeiterschüler haben normiert und fordern die Arbeiterschüler zum Streik gegen den Sozialstaat auf. Sie fordern Gold und Blaueffeten für die Kinder der vor dem Kampf stehenden Arbeiterschüler. Sie marchieren gemeinsam mit den Erwerbslosen durch die Straßen. Sie führen Schulstreik gegen Unterhaltungsaufgaben durch.

Seite an Seite stehen die Arbeiterschüler gegen den faschistischen Terror. So war es in Berlin im Jüdischen. So war es im Wuppertal. So ist es überall. Die Arbeiterschüler wollen, Faschismus bedeutet Kinderermord, Faschismus ist Hunger, Elend, Krieg.

Diese Arbeit muss ausgehoben von der Internationalen Kinderwoche, verklärt werden.

Einiges Rumpfblatt der drei Generationen schaffen. — Das ist das Gebot der Zukunft!

Nicht immer beachtet; die ermordete Arbeiterschule die Versorgungen der Arbeiterschüler. Nicht immer noch ist unter jüdischen Arbeiterschülern die Arbeiterschule in der Schule der kapitalistischen und nationalsozialistischen Erziehung angesiedelt. Nur oft ziehen auch sich die erstaunlichen Arbeiterschulen in viele kleinste kleine Winkel. So müssen gerade jetzt, wo Schule der Betriebsarbeiter abschaffen, bei allen Kindergartenen sollte für die Arbeiterschüler vorsichtig werden. Die Kindergartenen müssen jetzt für ihre Kinder sorgen!

Warum führen in der Schule, Schule und weitere Schule

Unterhaltungen (getrocknete Erziehung)? Die Arbeiterschüler müssen die Schule nicht mehr für die Arbeiterschule benutzen. Sie kann nicht mehr für die Arbeiterschule benutzt werden. Sie kann nicht mehr für die Arbeiterschule benutzt werden.

Seitdem die Arbeiterschüler nicht durch die jüdische Erziehung, durch Verbotserklärungen der Wissenschaften gegen die Arbeiterschule der drei Generationen gehen. Gleichzeitig ist der Kampf gegen die Arbeiterschüler wie eine Kampfaktion für die Arbeiterschüler. Schule in allen proletarischen Schule sind in allen proletarischen Orten Wissensbildung. Durchsetzung in der Internationalen Kinderwoche steht jetzt für die Arbeiterschüler

Dieses Werk wird gebraucht, wenn es bis jetzt nicht in diesem Leben nicht gemacht wird. Es steht es in der Schule, wo es allerdings schon wieder einen anderen Krieg hat. Zu hören es in der Schule und später im Bettlager. Jetzt wird es gemacht. Gleich aber aus einem anderen Grund. Im Bettlager wird es nicht verbunden mit weiteren Nachschüssen, sondern es wird, als Leistung machen sollen und nach Erfahrung des Kriegs nicht aufgezeigt, kann es nicht. Später, als es bei der Schule entdeckt wird, folgt bei der zweiten und dritten Schule die Entdeckung.

Seite liegt es die Arbeiterschüler

Kampfes ist heute wichtiger als je. Nicht im Zentrum des Unternehmensinteresses, sondern in seinem, im Zentrum des gesamten Unternehmens.

In der ganzen Welt steht das internationale Kapital zum neuen Krieg, zur Klasseneinschließung proletarischer Kapital und Arbeit!

Einführung der Gewerkschaften, das ist das Ziel der Kapitalisten. Nur eine Stadt kann nicht Kriegsfähigkeit verbünden: das ist das gesamte Unternehmens.

Ja, Unternehmens legt die Berichterstatter der Arbeiterschüler. Sie haben dies zu tun und Wege zur Verbesserung suchen.

IWW zu leben,

wenn sie beladen haben, wenn geht an Gewerkschaften, dann ist es möglich Wissensbildung in kleinen Gruppen zu machen. Das ist die Wissensbildung in kleinen Gruppen.

Und wenn die Arbeiterschüler nicht mehr für die Arbeiterschule benutzt werden, dann ist es möglich Wissensbildung in kleinen Gruppen zu machen.

Die Arbeiterschüler geht auf eine Schule nicht.

Es ist die Arbeiterschule, die Arbeiterschule geht auf eine Schule nicht.

Arbeitschule, die Arbeiterschule geht auf eine Schule nicht.

SARRASAN





# Kleinbauern

Gewerbe-  
treibende



Land- und Industriearbeiter  
schaft die gemeinsame  
rote Kampffront

# Nazis erhöhen die Landwirtschaftslammerbeiträge

**Nazi-Landwirtschaftskammer erhöht für die armen Bauern die Beiträge zur Landwirtschaftskammer — Nazis-Lügner entlarven sich selbst — Bauern, jetzt Schluss mit diesen Betrügern und Bauernländern — Schafft Bauernkomitees, kämpft in der Antifaschistischen Aktion!**

Der Vorstand der ländlichen Landwirtschaftskammer hat in seiner Sitzung am 26. Juli beschlossen, die Landwirtschaftslammerbeiträge fünftig auf Grund der Einheitsbewertung von 1931 zu erhöhen. Wir haben an dieser Stelle des öfteren darauf hingewiesen, daß die Einheitsbewertung von 1931 gerade den ärmsten Teil der ländlichen Bauern, nämlich die Kleinbauern im Ergebnisse getroffen hat. Die Einheitsbewertung von 1931 brachte im Ergebnis eine Steigerung des Steuerwertes von 3 Mark pro Hektar.

Dem gegenüber stand, daß im Niederrhein, namentlich in grobäuerlichen und proletarischen Gegenden, die Steuerwerte durchschnittlich um 1 Prozent gelenkt wurden.

Nach diesem erhöhten Steuerwert will nun die Nazi-Landwirtschaftskammer in Sachsen die Landwirtschaftskammerbeiträge erhöhen.

Dabei kommt eine der großen Beträgen, die jemals an den werktätigen Bauern verübt worden ist, zutage. Die Nazi-Landwirtschaftskammer hat vor einigen Monaten den demagogischen Weile eine geringfügige Entlastung des Grundsteuerbeitrages zur Landwirtschaftslammer beschlossen. Sie mußte das beschließen tun, weil die Nazis den werktätigen Bauern vor der Landwirtschaftskammerwohl die Entlastung der Landwirtschaftslammerbeiträge versprochen hatten.

Nicht kommt der ländliche Widerstand zum Vortheim. Die Nazis heben diese Verfügung außer Kraft und legen jetzt als Grundregelung für die Landwirtschaftslammerbeiträge die Einheitsbewertung von 1931 fest. Das bedeutet namentlich für die ergebnisgleiche, vogtländische und Passauler werktätige Bauern, daß eine Erhöhung der Landwirtschaftslammerbeiträge um zirka 100 Prozent. Allo die buchstillerisch beschlossene Erhöhung der Landwirtschaftslammerbeiträge wird damit außer Kraft gesetzt und die frühere Höhe der Beiträge noch überstiegen.

Diese Tat der Nazis-Lügnerhande in der Landwirtschaftskammer muß jetzt eine eiserne Konsequenz nach sich ziehen:

## Der Freiwillige Arbeitsdienst macht die Land- und Forstarbeiter broslos!

Das Dorfamt Moritzburg i. Sa. hat jemalige Waldbauarbeiter entlassen und dafür auf dem Schloß Moritzburg eine horde brauner Arbeitssklaven eingestellt. Diese arbeiten nun für einen paar Bettelpfennige im Dorf, bauen Stacheldraht um, und die Forstarbeiter geben keinem. Die Arbeitssklaven müssen leidenschaftlich jeden Tag militärische Übungen drehen. Man spart Lohn und erzieht sie ein gefügiges Elendtheer.

Die Forstarbeiter in den anderen Ämtern müssen aus dieser Tatache lernen, daß es eine Existenzfrage ist, ob sie den ländlichen Arbeitsservice durch Einreihung in die Antifaschistische Aktion und die KPD zu bekämpfen.

Auch im Ergebnis beginnt man Forstarbeiter zu entlassen und Arbeitssklaven an ihre Stelle zu setzen. Die Forstarbeiter müssen solche Maßnahmen mit erhöhter Wachsamkeit durchzuführen, mit dem Streik beantworten.

### Landarbeiterfrauen ersäufen Unterstürzung

In Neuenbrod bei Zschopau waren mehrere Arbeiter bei einer Entwässerungsarbeit bestohlet, die nur ihren Tod brachten. Da die Peones in den Genuss der Hungerunterstützung kommen sollten, wurde eine 14-tägige Hungerschrecke angeordnet. Einige der Landarbeiter gingen zum Gemeindeschreiber und machten ihm klar, daß bei dem geplanten Lohn, der für die Arbeit gezahlt wurde, ein Spaten einfach unmöglich war. Vielmehr hätte man noch Schulden machen müssen. Der Gemeindeschreiber hatte kein Verständnis für die Not dieser Arbeiter, lebte dann nicht, als noch einige hinzugekommen waren.

Unter Mitnahme der Kinder und Männer zogen nun die Frauen zum Gemeindeschreiber und legten ihm, wenn auch nicht in Janiter, so doch in deutlicher Art, die Sache klar. Das hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Sofort wurde allen Lebensmittelverleihten eine Sitz ausgebündigt. Beim zweiten Mal erwirkten die Frauen durch ihr geschlossenes Auftreten, daß ihnen 3 Mark Bargeld ausgeschüttet wurde.

Dieser Erfolg zeigt, daß auch der Werktätige im Dorf erneut und sein Recht verlangt.

### Die „Illustrierte Bauernzeitung“ beschlägtnahmt!

Die ländliche Verlegerin hat die Nr. 8 der „RBB“ verboten, weil in dieser wieder einmal das System in Gefahr gebracht worden war. Das sollte aber nicht die Wehrdebatte haben, daß die Werktätigkeit nicht verhindert werden darf! Die Wehrdebatte läuft, daß den Bauern die Augen aufgehen, wenn sie die Werktätigkeit leben möchten.

„Beschlägt“ ist, daß die kommunalpolitische Bauernvertretung von diesem System schon zum dritten Male beschlägtnahmt wird, daß aber die angeblich sozialdemokratische RBB-Denkpolit noch niemals von dem System verboden wurde!

Die werktätigen Bauern erkennt auf Grund dieser Tatsache, was werktätig gegen dieses System kämpft und wen das System als seinen Feind betrachtet. Daß zugleich auch allein die Kommunisten,

Die werktätigen Bauern müssen Schluss machen mit diesem Rad, das den Bauern alles verspricht und nichts hält.

So wie Hitler vor der Wahl das Blaue vom Himmel herunterversprach und jetzt keine Wähler vergessen hat und um Arbeitslosigkeit teilte, so haben es die Nazis unter in ihrem Reich ebenfalls gemacht. Sie denten gar nicht daran, das, was sie versprochen haben, wahrzunehmen. Sie erhöhen die Beiträge, summieren die Erhöhung der Grundsteuer durch die Bewertung von 1931 zu und verzögern die Beiträge auf das „Dritte Reich“.

Jetzt haben die Bauern über einen Vorabendtag vom „Dritten Reich“ bekommen. So wird es werden, wenn die Nazis endgültig übernehmen. Sie werden die Abgaben und Steuern erhöhen und die Bauern, die nicht zahlen können, von der Scholle vertagen.

Deshalb: Kein ländlicher Bauer geht mehr in die Versammlungen der braunen Pugnanzbunde, kein Bauer lädt zu, daß sein Sohn Mitglied von Hitlers Säulen-Kreis bleibt. Kein werktätiger Bauer gibt einen Pfennig für Naziszeitungen oder Nazischichten aus. Jeder Bauer zieht den braunen Rad, wenn es ins Dorf kommt, um mit seinen Augen zu agitieren, das Rad, das der Zimmerman gelassen hat.

Alle werktätigen Bauern kommen trotz der Entlastung in die Versammlungen, die in den nächsten Tagen von den Bauernkomitees und dem Bund ländlicher Landwirte einberufen werden. Alle werktätigen Bauern verlangen in den Mitgliederversammlungen der landwirtschaftlichen Vereine, daß die Deutschen Frontschreiber gegen die Erhöhung der Landwirtschaftslammerbeiträge an die Landwirtschaftskammer ziehen.

Werktätige Bauern! Mit dieser Tat hat die Nazispartei bewiesen, daß sie im Lager der Bauernfeinde steht.

Schafft Bauernkomitees, kämpft in den Reihen der Antifaschistischen Aktion für die Senkung der Steuern und Landwirtschaftslammerbeiträge!

Frauenvereine. Vom 7. bis 10. Juni fand die Reichstagung der Hausfrauenvereine in Weimar statt. Dorthin verlangte Frau Engelsberger, Heidelberg, in ihrem Referat über die Probleme der Arbeitslosigkeit die Arbeitsdienstpflicht für Mädchen. Die „Leipziger Zeitung“ vom 11. Juni 1932 berichtet über den Reichstag.

„Der Arbeitsdienstpflichtgedanke auch für Mädchen verlangt größere Beachtung, hier werde man ebenso wie bei den männlichen Erwerbslolen vorwiegend die praktische Arbeit bevorzugen müssen, die gleichzeitig für ihr späteres Leben in der Familie Bedeutung hat.“

In der alten Linie liegen die Ausführungen von Hanna Klostermüller, Berlin, Reichsführerin der Jungdeutsche

### Arbeitsdienst auf dem Land Im Dorf der Front die Sowjet-Union Gemeinen Dreck 215

Schmelterholtz. Auch sie ist für den Ausbau des Arbeitsdienstes. Das Thema ist damit zum ersten Male aufgenommen worden. Schon vor einiger Zeit wurden Stimmen laut, die die Arbeitsdienstpflicht für Mädchen fordern. Damals wurde ein frontloser Vorabend gemacht. Die erwerbslosen Mädchen sollten bei einer „Wohn“ von 30 Pf. pro Tag in Einzelhaushalten arbeiten, möglichst um später selbst zur Erziehung eines sozialen Kindes fähig zu werden. Mutter sollte so die Erziehung der Frau zur Stütze des Belegschaftes erleichtert werden. Das ist etwa die ursprüngliche Begründung, die erwerbslosen Mädel sollen also gezwungen werden, die Mädchen des werktätigen Volkes sollen als freiwillige Arbeitsdienst für die Damen der Bourgeoisie verrichten.

Daneben steht ein weiterer, jetzt viel belästigender Vorabend der Siedlungsgesellschaft. Die Einberufung der Frau wird oft hier verlangt. Siedler und Kleinbauern geht es ähnlich. Dieser mehr Zusammenbrüche werden bekannt. Die Anbindung der Erwerbslolen ist also nichts als ein Beruf. Ich unterschreibe keinen vom Hause zu schaffen und sie vom politischen Kampf fernzuhalten.

Die Frauen und Mädchen müssen den Arbeitsdienst ablehnen und in einer Front mit der gesamten Arbeitserarbeit dagegen kämpfen. Sie wollen, daß sie von der Bourgeoisie immer unterschaut werden, daß ihre Unterdrückung nur mit dem Kapitalismus selbst beendet werden kann. Sie müssen sich einerseits in der Front des ländlichen Proletariats und in der Antifaschistischen Aktion gegen Unterdrückung, Hunger Faschismus und Krieg kämpfen.

Grämen!

„Jetzt gilt's, lämpft mit gegen Faschismus und Rot, für Freiheit und West!“

Herren zur Antifaschistischen Aktion!

### Arbeitsdienstpflicht für Mädchen Für 30 Pfennig pro Tag sollen sie der Bourgeoisie den Dreck wegputzen

Von jeher hatte die arbeitende Frau durch die Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse besonders zu leiden. Nur sie gab und gibt es eine doppelte Ausbeutung, einerseits muß sie für geringeren Lohn die gleiche Arbeit leisten wie der Mann, andererseits fällt ihr auch noch die hausarbeit zu. Im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus, vor allem während der Zeit der Weltkriege, sind immer mehr Männer durch die billige Arbeitssucht der Frauen erledigt worden. Darüber hinaus aber sind eine große Anzahl werktätiger Frauen und Mädchen aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen.

Diesen Frauen und Mädchen gilt die „Fürsorge“ der haus-

frau. Leute Genossen, werktätige Bauern Sachsen!

Wir Kolchosbauern der Kollektivwirtschaft „9. Oktober“ im Dorf unter dem Joch der Kapitalisten und Gutsbesitzer zu führen gezwungen sind, fast wie unter der Leibeigenchaft. Wir haben gehört von Eurem heldhaften Kampf und entschlossen uns, Euch zu schreiben, wie wir leben, wie unsere Kollektivwirtschaft

### Unter Nazi-Regierung 9300 Pfändungen

Auf eine kommunistische Antragserfrage über die Auswirkungen der von der Nazi-Regierung durchgeführten Notverordnungen der braunschwarzen Regierung:

„In der Zeit vom 1. Januar 1931 bis zum 30. Juni 1932 wurden:

1. 112.344 Zahlungsbefehle erlassen,
2. 93.112 Pfändungen durchgeführt,
3. 200 Konturie erlassen,
4. a) 861 Haumungskonturie für Wohnungen erlassen,
- b) 410 Haumungskonturie für Wohnungen vollzogen,
5. a) 48 Haumungskonturie für Gewerbeimmobilien erlassen,
- b) 30 Haumungskonturie für Gewerbeimmobilien vollzogen.

gej. Dr. Rückenthal.“

Wie viele haftende Bauern wurden dadurch von ihrer Scholle vertrieben?

So sieht es dort aus, wo die Nazis an der Macht sind. Sie schulen die kapitalistischen Gläubiger und Wucherer und plündern den werktätigen Bauern und kleinen Gewerbetreibenden.

Bauern! Macht Schluss mit diesen Betrügern! Reicht euch ein in die Antifaschistische Aktion!

Ihrt ihr fertig, wie wir am ländlichen Aufbau teilnehmen? Man erkennt unter ruhigerem Dorf Grischino gar nicht mehr. Wir haben jetzt eine Schule der Kolchosjugend mit siebenjährigen Unterricht. Da wir werden 300 Schüler lohnlos unterrichtet. Es unter der Sowjetmacht erhalten mit einem Rat und einer Zweite. Seit gibt es auch Telefon und Post im Dorf. Unsere Kollektivwirtschaft umfaßt 180 Wirtschaften mit 1037 Hufen Acker und Wiesen. Der Kolchos hat eine Bildharm errichtet mit 31 Stück Großvieh, zwei Farmen mit 49 Kleintieren und 55 Stück Schweine. Am Kolchos haben wir eine Schmiede, Ziegeler und Mühle. Wir haben alles für die neue Ernte vorbereitet und gekostet. Ihr werdet wahrscheinlich wissen, liebe Genossen, daß in der Sowjetunion keine Arbeitslolen gibt, im Gegenteil. So mangelt es an Arbeitern, mit jedem Menschen muß jetzt hantiert werden. Wir teilen die Arbeit in unserem Kolchos so ein, daß es uns gelang, fast alle Männer zum Bau des neuen Arbeitens, Werkens, Elektrostationen und Eisenbahnen einzugeben. Wir wissen, daß diese Erfolge unseres Aufbaus einen tollen Dok und auch Nutzen bei den Kapitalisten und Gutsbesitzern heraustragen, aber auch die Wachsamkeit der komplimenten Arbeit und werktätigen Bauern in den kapitalistischen Ländern erhält. Wir sind mit Euch, Brüder und Schwestern unserer Klasse! Deswegen wie die dienen auf alle werktätigen Bauern Sachsen rufen, verpflichten wir uns, den Großraum auslaufen und Erringen zu erfüllen, ihn sogar noch darüber hinaus zu erfüllen. Wir verpflichten uns, durch Anwendung der Parteitechnik die Ernte zu erhöhen, im Durchschnitt bei allen Kulturen nicht weniger als 20 Prozent, und so unsere Verpflichtung gegenüber dem sozialistischen Staat einzuhalten.

Die Brigadiere der Kollektivwirtschaft:  
M. Kolesnik, M. Gutow, A. Bojarow, N. Kolesnik,  
J. Lapshin, L. Ubačow, A. Salomin, N. Samoilow,  
Aitkin, N. Belogorow, D. Kapralow, G. Redolow

## In jedem Dorf ein Bauernkomitee!